

## Sommersession 2022 Sessionsrückblick - 1. Woche



### Staatsrechnung

Der Nationalrat hat am Montag als Erstrat die «coronabedingt» erneut tiefrote Staatsrechnung 2021 gutgeheissen. Sie schliesst mit einem Fehlbetrag von 12,1 Milliarden Franken ab. Dieses Defizit ist über dreieinhalb Milliarden Franken kleiner als im ersten Pandemie-Jahr 2020. Der Nationalrat stimmte dem Jahresabschluss mit 191 zu 1 Stimmen zu. Jetzt brauche es rasch wieder eine stabile Finanzrechnung, um künftige grosse Krisen stemmen und die Schuldenbremse einhalten zu können, betonte Finanzminister Ueli Maurer im Rat. Das gehe nicht ohne hohe Finanzdisziplin in den kommenden Jahren. Am Mittwoch berät der Ständerat die Staatsrechnung.

### Coronavirus – Schweiz

Der Nationalrat hat zum Budget 2022 zusätzliche Gelder in Höhe von 2,7 Milliarden Franken bewilligt, davon 2,4 weitere Milliarden Franken für die Bewältigung der Corona-Pandemie. Diese sind vor allem für die Beschaffung von Impfstoffen sowie für Nachzahlungen bei der Kurzarbeitsentschädigung vorgesehen. Die SVP wollte die Beträge kürzen, jedoch ohne Erfolg. Daneben sprach der Nationalrat oppositionslos etwa 61 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg oder 44 Millionen wegen der nicht vollen Assoziierung an das Forschungsprogramm Horizon Europe. Die Nachtragskredite sind am Mittwoch im Ständerat traktandiert.

### Renten

Das Parlament will die Leibrenten tiefer besteuern respektive die Besteuerung künftig den Anlagebedingungen anpassen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Vorlage deutlich zugestimmt. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Die grosse Kammer hat die Vorlage mit 148 zu 37 Stimmen gutgeheissen. Die Nein-Stimmen kamen von der SP. Sie lehnte die Vorlage als nicht verhältnismässig und zeitlich ungünstig ab. Der entsprechende Rückweisungsantrag hatte indes keine Chance und scheiterte mit 131 zu 37 Stimmen. Die grosse Mehrheit war wie schon der Bundesrat und der Ständerat der Meinung, dass Leibrenten und ähnliche Vorsorgeformen der Säule 3b bei der aktuellen Zinslage zu hoch besteuert werden.





### **Kostenbremse-Initiative**

Im Herbst droht der Prämienschock. Erhöhungen von durchschnittlich rund 5 Prozent werden vorausgesagt – je nach Wohnort könnten diese aber auch deutlich höher ausfallen. Vor diesem Hintergrund hat der Nationalrat in den letzten beiden Tagen und während rund sechs Stunden die Kostenbremse-Initiative der Mitte-Partei beraten.

Diese verlangt, dass die Prämien nicht stärker steigen dürfen, als die Wirtschaft wächst. Konkret: Liegt das Kostenwachstum pro versicherte Person zwei Jahre nach Annahme der Initiative um einen Fünftel über der Wirtschaftsentwicklung, sollen Bund und Kantone Massnahmen ergreifen. Der Bundesrat unterstützt die Stossrichtung der Initiative, nicht aber das Konzept. Er hat deshalb einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dabei gab es gestern eine Überraschung: Gegen den Willen der Kommission und der Bürgerlichen haben fixe Kostenziele die Beratung überlebt. Werden diese überschritten, müssen. Ärzte, Kantone und Versicherer gemeinsam prüfen, ob Korrekturen ausgelöst werden müssen. Der indirekte Gegenvorschlag wurde mit 104 zu 74 Stimmen angenommen. Gleichzeitig empfiehlt der Nationalrat die Initiative mit 156 zu 28 Stimmen zur Ablehnung. Nun geht das Geschäft in den Ständerat.

### **Familienergänzende Kinderbetreuung**

Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats die familienergänzende Kinderbetreuung auch weiterhin fördern. Die grosse Kammer hat sich mit 138 zu 35 Stimmen bei 15 Enthaltungen für eine Verlängerung des Impulsprogramms zur Schaffung von Krippenplätzen ausgesprochen. Die Vorlage der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) geht nun an den Ständerat. Hintergrund der Pläne für eine Verlängerung bis 2024 ist, dass eine Anschlusslösung voraussichtlich erst 2025 in Kraft treten kann.

### **Gebärdensprache**

Der Nationalrat will die drei in der Schweiz genutzten Gebärdensprachen gesetzlich anerkennen und dazu ein eigenes Gesetz schaffen. Er hat eine Motion seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) angenommen. Der Entscheid in der grossen Kammer fiel mit 134 zu 32 Stimmen bei 13 Enthaltungen. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Gegenstand des Gesetzes soll neben der Anerkennung und Förderung der Gebärdensprachen auch die Chancengleichheit in den Bereichen Information, Kommunikation, politische Mitwirkung, Dienstleistungen, Bildung, Arbeit, Kultur und Gesundheit sein.

### **Rauchen**

Der Nationalrat will Zigaretten mit einem charakteristischen Aroma, etwa Mentholzigaretten, sowie eine Reihe von Zusatzstoffen in Rauchwaren verbieten. Er hat einer entsprechenden Motion von Benjamin Roduit (Mitte/VS) mit 89 zu 81 Stimmen bei 15 Enthaltungen zugestimmt. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Roduit argumentiert mit dem Jugendschutz. Zusatzstoffe erhöhten das Suchtpotenzial. In der EU gilt ein Verbot, wie es Roduit möchte. Der Bundesrat hatte argumentiert, bei der Beratung des Gegenvorschlags zur später angenommenen Initiative "Kinder ohne Tabak" vom Parlament nicht gewünscht worden.



## Nationalratspräsidentinnenfeier



Nationalratspräsidentin Irène Kälin ist am Mittwoch an ihrem Wohnort Oberflachs gefeiert worden. Diese Feier, die üblicherweise nach der Wahl im Spätherbst stattfindet, wurde coronabedingt auf den 1. Juni verschoben. In Oberflachs wurde viel Politprominenz erwartet, unter ihnen Bundesrat Guy Parmelin.

## Medienförderung

Staatliche geförderte Medien sind nicht mehr unabhängig! Darum lehnte die Stimmbevölkerung im Februar das «Medienpaket» ab. Nach diesem Nein der Stimmbevölkerung zu einer ausgebauten Medienförderung will der Nationalrat keinen neuen Anlauf mit einer "Light"-Vorlage. Die links-grüne Mehrheit der vorberatenden Kommission hätte unbestrittene Teile des Medienförderungspakets separat umsetzen wollen, erhielt aber keine Mehrheit. Insbesondere hätte es um die Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, Nachrichtenagenturen wie Keystone-SDA und Selbstregulierungsorganisationen sowie um IT-Investitionen gehen sollen. Ausserdem hätte der Abgabenanteil zugunsten der privaten Radios und Fernsehsender erhöht werden sollen. Die Initiative ist vom Tisch.

## Volksrechte

Der Nationalrat hat eine Aufweichung des Ständemehrs abgelehnt. Braucht es bei einer eidgenössischen Abstimmung sowohl das Volks- als auch das Ständemehr für eine Annahme, bleibt alles beim Alten. In diesem Sinne hat die grosse Kammer einer parlamentarischen Initiative von Balthasar Glättli (Grüne/ZH) mit 105 zu 77 Stimmen bei 4 Enthaltungen keine Folge gegeben. Das Geschäft ist damit erledigt. Gemäss Vorstellungen von Glättli hätte es neu 15,5 respektive zwei Drittel der Kantone gebraucht, um ein Volksmehr zu Fall zu bringen. Heute sind es die Hälfte plus einer. Der Präsident der Grünen begründete seine Initiative mit der demografischen Entwicklung respektive dem Übergewicht der kleinen Kantone.



## Energie

Der Einbau von Wärmepumpen soll einfacher werden. Der Nationalrat will entsprechend die Lärmschutzverordnung anpassen. Die Vorgaben bei der Lärmemissionen sollen nicht mehr davon abhalten, umweltfreundlichere Wärmepumpen einzubauen. Der Nationalrat stimmte als Erstrat einer entsprechenden Motion seiner Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-N) zu. Die Motion geht an den Ständerat. Dort behält sich der Bundesrat vor, sich für eine Anpassung der Motion einzusetzen. Mit dem Ziel sei der Bundesrat einverstanden, sagte Energieministerin Simonetta Sommaruga, mit dem Prozess jedoch nicht.

## Photovoltaik

Lärmschutzwände, Fassaden und Dächer in Bundesbesitz sollen für die Produktion von Strom genutzt werden. Der Nationalrat will, dass die SBB und das Bundesamt für Strassen (Astra) ihr Potenzial für Photovoltaik-Anlagen nutzen. Flächen an Autobahnen sollen Dritten für die Energieproduktion kostenlos zur Verfügung stehen. Mit deutlichen Mehrheiten hiess der Nationalrat dafür zwei Motionen seiner Umweltkommission gut. Die meisten Gegenstimmen kamen bei beiden Vorstössen aus der SVP-Fraktion. Der Bundesrat erklärte sich mit den Motionen einverstanden. Sie gehen nun an den Ständerat.

## Vetternwirtschaft im Bundeshaus

Stéphane Rossini, Chef des Bundesamtes für Sozialversicherungen, Adrian Wüthrich, Präsident des Rates der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung, Corrado Pardini, Verwaltungsrat der Post - sie alle haben etwas gemeinsam: Sie alle wurden nicht ins Parlament wiedergewählt. Als Dank erhielten sie danach Pöstchen in staatsnahen Betrieben oder beim Staat selber.

Als wäre dem nicht genug, machte SP-Bundesrätin Sommaruga ihren Parteikollegen Levrat, alt Ständerat aus dem Kanton Freiburg, zum Post-Chef. Und dies, obwohl er das offizielle Anforderungsprofil nicht erfüllte (dieses setzte eine umfassende Erfahrung und eine erfolgreiche Tätigkeit in leitenden Positionen von Unternehmungen voraus). Alt Ständerätin Savary (SP) aus dem Kanton Waadt wurde überdies Präsidentin der Postcom, der Aufsichtscommission der Post. Dort hat bereits wieder ein Wechsel stattgefunden; jetzt ist alt Ständerätin Seydoux aus dem Kanton Jura an der Spitze. Frau Savary wiederum ist jetzt Präsidentin der Eidgenössischen Filmkommission.

Der Postenschacher hat System. Bei Bundesrätin Leuthard wurde Herr Schwaller als Postchef eingesetzt, als Dank für seine langjährige Tätigkeit im Ständerat. In der SRG ist die Mitte sehr stark in den Chefpositionen vertreten. Diese Vetternwirtschaft wirft das ein schlechtes Licht auf unsere Institutionen! Trotzdem wird sie geduldet: Ausser der SVP befürworten alle anderen Parteien diesen Polit-Filz im Bundeshaus.

